

Und nun die Sozialkrise

**Die globale Wirtschaftskrise könnte sich zur Welt-Sozialkrise entwickeln /
Allerorten sind nach dem Lehman-Crash vom 15.9.2008 Arbeitslosigkeit und
Armut gestiegen / Ein 5. Krisen-Blog ***

BERLIN/PARIS – 19.9.2009 (khd/d-radio/sp). Im Zuge der Weltwirtschaftskrise II bewegen wir uns jetzt auch in Europa auf eine Sozialkrise zu. Das erwartet u. a. der Internationale Währungsfonds (IWF). Trotz Kurzarbeitsgeld werden demnächst auch in Deutschland viele Unternehmen in die Insolvenz gehen. „*Der Finanzkrise folgt also nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Sozialkrise, die ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat*“, sagte IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn dem *Spiegel* (Heft 38/2009, Seite 121). Und daher werde die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen. Mitte 2010 werde sie am höchsten sein, konstatiert Strauss-Kahn.

Die **OECD** erwartet für 2010 in Deutschland ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf 12 %, was mehr als 5 Mio. Arbeitslose bedeutet. In den nächsten Monaten werden also mehr als 1,5 Millionen Menschen ihren Job verlieren, nur weil die Banker ‚Casino‘ spielen und ihnen keiner auf die Finger schaute. Dadurch wird die Armut auch hierzulande, die sich bereits aufgrund unzulänglicher Hartz-Gesetzgebung ([02][03], z. B. unterbezahlte Mini-Jobs und 1-Euro-Jobs) eingenistet hat, weiter steigen.

Das DeutschlandRadio Kultur hat in der letzten Nacht in einer „Lange Nacht von der Armut“ schon mal den bereits heute von der Politik erreichten Zustand in vielen Einzelheiten beschrieben. Die Wut der zu Wort gekommenen Betroffenen ist verständlich, und sie wird ebenfalls ansteigen, zumal falls tatsächlich Schwarz-Gelb das Land nicht christlich sondern marktradikal regieren sollte.

Das 1. Jahr nach dem L-Crash

► 21.–26.9.2009 (khd). Nach gut einem Jahr der Beobachtung endete vor einer Woche mein 4. Krisen-Blog [10] zur Finanzkrise alias Finanzmarktkrise alias Bankenkrise alias Wirtschaftskrise alias System-

krise. Die Weltwirtschaftskrise II hat sich allerorten verschärft, und ein Ende ist noch immer nicht absehbar, auch wenn manche kleine Anzeichen auf eine Verbesserung hindeuten mögen. Daß die Aktienkurse an den Börsen wieder neuen Höhen zustreben, sagt jedenfalls recht wenig über die wahre Situation der Volkswirtschaften aus. Nur 1 Jahr nach dem Lehman-Crash haben sich die Finanzmärkte und die Wirklichkeit schon wieder entkoppelt. Und da das Spekulieren wieder ‚in‘ ist, droht bereits die nächste Krise.

Irgendwie haben bislang alle Konjunkturprogramme noch nichts gebracht, es sei denn, daß sie Schlimmeres verhindert haben könnten. Das liegt vor allem daran, daß wir es diesmal mit einer im Bankenbereich selbst ausgelösten sehr fundamentalen Krise des Finanzsystems zu tun haben. Eine solche Krise kann nicht nur mit dem Kurieren an Symptomen bewältigt werden. Es bedarf eines fundamentalen Ansatzes, um das Finanzsystem auf solidere Füße zu stellen. Aber davon ist bislang kaum etwas zu erkennen, ob-

wohl die G20-Länder bereits dreimal konferierten (Washington 2008, London und Pittsburgh 2009). Die Regierungen der 20 wichtigsten Länder (G20) sind noch nicht bereit, weltweit auf das Modell einer „Sozialen Marktwirtschaft“ zu setzen. Aber selbst in Deutschland wird davon sehr viel geredet, aber kaum danach politisch gehandelt.

„Was wir jetzt ganz dringend brauchen, das ist eine Rückverteilung von oben nach unten!“

Das sagen im Herbst 2009 große Teile der Nicht-Wähler plus Wähler der SPD + Linken + Grünen. Zusammen werden diese zwar nach der Bundestagswahl die Mehrheit haben, aber wieder nicht regieren können.

Wie es nun weitergeht, soll im folgenden 5. Krisen-Tagebuch beschrieben werden, das mit der 54. Woche nach dem Lehman-Crash („L-Crash“) beginnt, und in dem vor allem über die Entwicklung der sozialen Folgen der Finanzmarktkrise sowie dem Ausmaß und die weitere Entwicklung der Weltwirtschaftskrise II berichtet werden soll. Im 2. Jahr der eigentlichen Krise soll aber nur noch über als besonders wesentlich erachtete Ereignisse berichtet werden.

Tempi passati?

Erinnerung an Parolen des Neo-Liberalismus

BERLIN – 21.9.2008 (pep/khd-research). Wie hießen doch gleich die vielen ‚Lehrsätze‘ des ungezügeltten Wirtschaftswahns, die nun über Nacht nicht mehr gepriesen werden?

- *Der Markt reguliert sich selbst.*
- *Eingriffe des Staats schaden der Wirtschaft.*
- *Die Privatisierung staatlicher Unternehmen nutzt den Kunden.*
- *Verstaatlichung ist Sozialismus.*
- *Von der Globalisierung profitieren alle.*
- *Hedge-Fonds sind nützlich für die Wirtschaft.*
- *Wer ein hohes Risiko trägt, muß auch hoch bezahlt werden.*
- *Jede(r) ist seines Glückes Schmied.*
- *In der Krise ist der Staat nicht die Lösung, sondern das Problem.*

13. Monat nach dem L-Crash 54. Woche nach dem L-Crash

► 21.09.2009 (khd/sp). Im aktuellen *Spiegel* (Heft 39/2009, ab Seite 152) wird im Artikel „**Im Kuckucksnest des Kapitalismus**“ eine Innenansicht der deutschen Tochter von Lehmen Brothers geliefert. Und daraus ergibt sich, daß diese famosen Banker nicht einmal eine ordentliche Buchführung vornahmen.

► 21.09.2009 (khd/info-radio). **In Deutschland sind die Reallöhne weiter gesunken.** Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, haben die Arbeitnehmer im laufenden Jahr im Schnitt 1,2 % weniger in den Taschen. Gründe für den Rückgang seien gefallene Nominallöhne, die verstärkte Kurzarbeit und gestrichene Sonderzahlungen, heißt es. Sinkende Löhne hat es in Deutschland bislang nur selten gegeben.

► 22.09.2009 (khd/hbl/info-radio). Die **Bundesagentur für Arbeit (BA) fordert staatliche Unterstützung.** Die enormen Kosten durch die Weltwirtschaftskrise würden bislang ganz alleine von den Beitragszahlern geschultert, obwohl hierfür die Steuerzahler geradestehen müßten. Der BA-Verwaltungsrat hat deshalb an Bundeskanzlerin Merkel geschrieben und darin die Forderung nach Zuschüssen des Bundes erhoben.

Eine Rückzahlung der bislang nur als Darlehen gewährten Unterstützung des Bundes wäre demnach „ohne eine deutliche Beitragsanhebung beziehungsweise arbeitsmarktpolitische Leistungseinschnitte völlig illusorisch“, heißt es in dem Schreiben. Das Bundeskanzleramt lehnte eine Stellungnahme zu dem (brisanten) Schreiben ab.

► 23.09.2009 (khd/d-funk). **Bisher 4,8 Mrd. Euro Staatshilfe:** Aus dem „Deutschlandfonds“ der Bundesregierung wurden bislang 2,64 Mrd. Euro an Krediten über die KfW-Staatsbank sowie 2,21 Mrd. Euro an Bürgschaften ausgegeben, wie heute das Bundeswirtschaftsministerium mitteilte. In mittelständische Unternehmen flossen etwa 3 Mrd. Euro. Der im März 2009 im Rahmen des Konjunkturpakets II gestartete Deutschlandfonds hat ein Volumen von 115 Mrd. Euro.

► 24.09.2009 (khd/tsp/d-radio). Vor dem Abflug nach Pittsburgh zum Weltfinanzgipfel der G20-Staaten haben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) **klare Beschlüsse zur Reform der Finanzmärkte verlangt:** „Wir haben uns als Bundesregierung vorgenommen, daß wir die richtigen Lehren aus der Krise ziehen“, sagte die Kanzlerin. Man wolle daraufhinwirken, daß keine Bank mehr so groß sein dürfe, daß sie Staaten erpressen könne. „Das ist für mich der wichtigste Punkt“, sagte Merkel.

► 24.+25.09.2009 (khd/tsp/d-radio). **3. Weltfinanzgipfel der G20:** In Pittsburgh (USA) wollten die G20-Länder endlich neue strenge Regeln für die globale Finanzwelt beschließen und damit ihren Ankündigungen von Washington (15.11.2008) und London (2.4.2009) Taten folgen lassen.

Aber es kam nur ein recht bescheidenes Ergebnis heraus. Zwar beschlossen die G20 einige konkrete Schritte zur Verschärfung der Regulierung der Finanzmärkte, aber überzeugend wirkt das alles noch nicht.

Geeignet haben sich die G20 auf schärfere Vorschriften für die Eigenkapitaldeckung bei Banken, eine

Begrenzung der Boni für Banker, eine Vereinheitlichung der Buchhaltungsstandards sowie eine Reform der Stimmrechte des IWF. Das nächste G20-Treffen soll im April 2010 in Südkorea stattfinden. [Schöne neue Weltordnung][16]

► 27.09.2009 (khd/d-radio). **Bundestagswahl in Deutschland:** Die Große Koalition geht zu Ende. Die Union (CDU + CSU) plus FDP werden die nächste Bundesregierung bilden. Die SPD erzielte ein desaströses Wahlergebnis und muß zusammen mit der Linken und den Grünen in die Opposition. [Die Bundeswahl 2009][17]

55. Woche nach dem L-Crash

► 28.09.2009 (khd/d-funk). **Zwei Bundesländer sind besonders hart von der Wirtschaftskrise betroffen:** Baden-Württemberg und das Saarland. Dort stürzte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 1. Halbjahr 2009 um 10,1 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ab. Andere kamen glimpflicher davon. Dazu gehört auch Berlin, das nur um 2,3 % abstürzte, da es hier wenig Industrie gibt und die Dienstleistungsbranche mit 80 % dominiert.

► 28.09.2009 (khd/wiwo). Der Insolvenz-Beauftragte für Arcandors Versandhandelsparade Primondo will die Unternehmensgruppe mit dem Flaggschiff **Quelle nicht an einen ‚Heuschrecken‘-Investor** verkaufen. „Wir suchen keine Heuschrecke, die nur auf die schnelle Rendite schaut“, sagte Jörg Nerlich der *WirtschaftsWoche*. Die Heuschrecken Cerberus und Golden Gate sollen sich bereits für eine Übernahme von Quelle interessiert gezeigt haben.

► 30.09.2009 (khd/tsp/d-funk). **Der deutsche Maschinenbau ist in den letzten Monaten abgestürzt.** Im August 2009 wurde ein Auftragsrückgang von 43 % gegenüber 2008 verzeichnet, teilte der Verband VDMA in Frankfurt am Main mit. Man hoffe aber, daß nun die Talsohle erreicht sei. Eine Rückkehr zum Wachstum sieht diese wichtige Exportbranche jedoch noch nicht. Deshalb werde man weiter Stellen abbauen müssen, heißt es.

► 01.10.2009 (khd/bztg/dw). **400 Milliarden Euro Banken-Verluste drohen:** Ein Streßtest der EU bei 22 führenden Banken Europas ergab, daß wegen der Finanzkrise im schlimmsten Fall insgesamt Verluste von bis zu 400 Mrd. Euro möglich sein könnten. Das Verlustszenario umfaßt den Zeitraum 2009/10 und geht von sehr schlechten Wachstumserwartungen für die EU aus.

► 01.10.2009 (khd/d-funk). **Massiver Umsatzrückgang im deutschen Einzelhandel:** Das Statistische Bundesamt hat auf der Grundlage vorläufiger Zahlen den stärksten Rückgang seit Anfang 2008 festgestellt. Mit dem 4. Rückgang in Folge lag der Umsatz zu aktuellen Preisen um 3,5 % unter dem August 2008. In einzelnen Branchen wurden sogar Umsatzeinbrüche um 8,3 % beobachtet. Ob das ein Vorbote einer deflationären Entwicklung ist, sei noch unklar. Vielleicht warten viele Kunden darauf, daß manches noch billiger wird.

► 02.10.2009 (khd/d-radio). Am Hamburger Thalia-Theater erlebt Elfriede Jelineks Theaterstück zur Finanzkrise – „**Die Kontrakte des Kaufmanns**“ – eine umjubelte Premiere. Literaturnobelpreisträgerin Jelinek hatte das Stück seit seiner Urlesung mehrfach fortgeschrieben. In dieser ‚Wirtschaftskomödie‘ prangert die Schriftstellerin nicht nur betrügerische Banker, sondern auch gierige Kleinanleger an, die sich ein „Nichts“ für reales Geld andrehen ließen.

► 03.10.2009 (khd/d-radio). Die G7-Finanzminister haben bei ihrer Tagung in Istanbul vereinbart, daß alle aufgelegten **Hilfsprogramme vorerst bestehen bleiben**. Zunächst müsse „die Erholung der Wirtschaft sichergestellt“ sein, teilten die Finanzminister und Notenbankchefs der G7 mit.

56. Woche nach dem L-Crash

► 05.10.2009 (khd/d-radio). **Letzte Hauptversammlung der Hypo Real Estate (HRE).** Auf ihr wurden per Squeeze-out alle noch verbliebenen Privat-Aktionäre aus der Bank gedrängt. Sie werden mit 1,30 Euro pro Aktie entschädigt. Damit ist die Verstaatlichung der HRE perfekt. Auch eine Wahlerfolgstrunkene FDP konnte das nicht verhindern. Die HRE soll jetzt von der Börse genommen, mit weiteren Staatsgeldern in Milliardenhöhe versorgt, gründlich saniert und dann wieder verkauft werden.

► 05.10.2009 (khd/d-funk). **Bundespräsident Köhler warnt Schwarz-Gelb,** bei der weiteren Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise zu stark auf das „Prinzip Hoffnung“ (beim Wachstum) zu setzen. Es sei Zeit, darüber nachzudenken, ob ein schlichtes „Immer-mehr“-Denken die Zukunft gewinnen kann, sagte der Bundespräsident in seiner Festrede zum 60-jährigen Bestehen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Berlin.

► 05.10.2009 (khd/d-radio). In Berlin beginnen die **Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, FDP und CSU** zur Bildung einer neuen Bundesregierung.

► 06.10.2009 (khd/welt). Nach Angaben der Weltbank sind die **Armuts-Folgen der Finanzkrise** besonders deutlich in den Entwicklungs- und Schwellen-Ländern zu beobachten. Rund 90 Mio. Menschen sind hier bislang wieder in die absolute Armut zurückgefallen. Die Kapitalströme von den Industrie- in die armen Länder sind ganz massiv eingebrochen.

Während im Jahr 2007 insgesamt rund 900 Mrd. Dollar zur Verfügung standen, fließt jetzt nur noch 25 % des Geldes in die betroffenen Länder. Der Tagesverdienst der ärmsten Einwohner dieser Staaten liegt unter 1,25 Dollar.

► 06.10.2009 (khd/d-radio). **Lettland steht vor dem Abgrund:** Der lettische Notenbankchef bezeichnete die Wirtschaft Lettlands als „klinisch tot“. Täglich gehen gut 200 Firmen bankrott, über 17 % beträgt derzeit die Arbeitslosigkeit. Die Wirtschaft ist allein im 1. Quartal 2009 um 18 % geschrumpft.

► 06.10.2009 (khd/nzz/d-radio). Angesichts der Wirtschaftskrise will der **Internationale Währungsfonds (IWF) mehr Kompetenzen**. „Wir brauchen ein breiteres Mandat“, sagte IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn heute auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Istanbul. Am Rande der Tagung kam es zu Demonstrationen mit Krawallen. Der IWF gilt vielen Aktivisten als Symbol für den globalen Kapitalismus, weil seine Unterstützung für arme Staaten lange Zeit an strenge und sehr schmerzhaftige Wirtschaftsreformen gekoppelt war.

► 06.10.2009 (khd/d-funk). Die Weltwirtschaftskrise hat einen positiven Nebeneffekt: Der **Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO2)** wird in diesem Jahr um 3 % zurückgehen. Das sei der größte Rückgang seit 40 Jahren, berichtet die Internationale Energieagentur (IEA) in einer Studie.

► 07.10.2009 (khd/d-radio). Am „**Welttag für menschenwürdige Arbeit**“ des internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) protestieren im Norden rund 15.000 Auszubildende für bessere Berufsaussichten. Unbezahlte Praktika, Leiharbeit, befristete Stellen und schlechte Bezahlung seien bei jungen Menschen nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel, teilte die IG Metall Küste mit.

Schon jetzt arbeiteten 30 % der Unter-35-Jährigen zu unzumutbaren prekären Bedingungen. In Berlin

sagte DGB-Vorsitzende Michael Sommer, überall auf der Welt werde menschenwürdige Arbeit gebraucht, „die nicht wie Dreck behandelt wird“. Sommer bezeichnete Hartz IV als „organisierte Armut“.

► 08.10.2009 (khd/tsp). Mittelständische Unternehmen werden 2009 rund 700.000 Mitarbeiter entlassen. Das schätzen Creditreform-Experten, denn der deutsche **Mittelstand steht vor einer Pleitewelle**. Etwa 35.000 Unternehmen sind von den Auswirkungen der Finanzkrise betroffen, 2010 können sogar um die 40.000 weitere Pleiten erfolgen.

► 08.10.2009 (khd/dw). Der **US-Haushalt schließt mit einem Rekorddefizit ab**. In den USA endete das bis zum 30. September laufende Haushaltsjahr 2008/09 mit einem Defizit (nach vorläufigen Zahlen) von 1,4 Billionen Dollar (1.400 Mrd. Dollar). Das sind 9,9 % des BIPs. Ein solches Niveau gab es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Grund seien die Bankenpleiten, Konjunkturprogramme und einbrechende Steuereinnahmen, teilte der US-Kongress mit.

► 10.10.2009 (khd/tsp/cnn). **Der Goldpreis erreicht immer neue Rekorde**. Das Publikum ist zutiefst mißtrauisch gegenüber der eingeschlagenen Finanzpolitik allerorten. Am 8. Oktober 2009 wurde das Gold mit einem Höchstpreis von 1050 US-Dollar pro Feinunze (31,1 g) notiert. Das sind rund 33.760 US-Dollar pro kg. Der Grund liegt vor allem in der anhaltenden Schwäche des Dollars wg. der enormen Verschuldung der USA. Es gibt jetzt Prognosen, daß der Goldpreis demnächst sogar auf 1400 US-Dollar und höher steigen könnte.

Wegen des gleichzeitigen Kurs-Verfalls des Dollars gegenüber dem Euro hat der Goldpreis in Euro aber kein Allzeithoch erreicht. Mit rund 710 Euro pro Feinunze liegt der Goldpreis jetzt noch gut 80 Euro niedriger als beim letzten Hoch im Februar 2009 (793 Euro). Im Jahr 2008 standen weltweit 3436 Tonnen Gold zur Verfügung, davon rund 70 % als neues Gold aus Minen und 30 % aus dem Recycling. Der gesamte Weltbestand an Gold ist nicht bekannt.

57. Woche nach dem L-Crash

► 15.10.2009 (khd/vzbv). **Deutsche Finanzaufsicht in der Kritik:** In Deutschland hinkt die Finanzaufsicht beim Verbraucherschutz anderen europäischen Ländern hinterher und steht nicht im Einklang mit der europäischen Gesetzgebung. Zu diesem Ergebnis kommt ein von der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) in Auftrag gegebenes Gutachten. „Die

neue Bundesregierung muß diese Regelungslücke dringend schließen“, fordert Vorstand Gerd Billen. Dabei müsse Verbraucherschutz ein gleichberechtigtes Aufsichtsziel werden.

Es dürfen künftig Finanz-Produkte und Anbieter in keinem Geschäftsbereich mehr ohne Zulassung und Aufsicht sein. Dies betreffe insbesondere den sogenannten Grauen Kapitalmarkt, der bisher weitgehend kontrollfrei existiert. Notfalls müsse die Finanzaufsicht auch befugt sein, bestimmte Geschäftsmodelle zu untersagen, fordern die Verbraucherschützer.

14. Monat nach dem L-Crash

► 16.10.2009 (khd/tsp). Berlins *Tagesspiegel* titelt: „Schwarz-Gelb erklärt das Ende der Krise“. „Union und FDP erhoffen sich durch die anspringende Konjunktur mehr Spielraum für ihre Steuerpolitik“, heißt es weiter. Allerdings wurde zuletzt nur eine minimale Verbesserung des deutschen BIPs um 0,3 % festgestellt. Erst 2010 werde sich zeigen, ob dieser Optimismus von Schwarz-Gelb gerechtfertigt war, sagen unabhängige Marktbeobachter.

► 16.10.2009 (khd/d-funk). **Mehr als 1 Milliarde Menschen hungern.** UNO und Welthungerhilfe schlagen Alarm: Noch nie haben so viele Menschen gehungert wie derzeit. Das ist statistisch gesehen jeder 6. Mensch auf der Erde. Hauptgrund für diese negative Entwicklung sei die Weltwirtschaftskrise, erklärte die UNO-Organisation FAO. Weil die Entwicklungsländer stärker in die Weltwirtschaft integriert seien als noch vor 20 Jahren, seien sie auch viel anfälliger für Krisen auf den internationalen Märkten.

58. Woche nach dem L-Crash

► 19.10.2009 (khd/sp). In deutschen Banken schlummern mindestens noch **Risiken im Werte von 650 Mrd. Euro.** Das zitiert der *Spiegel* (Heft 43/2009, Seite 74) aus einer aktuellen Analyse der US-Bank Merrill Lynch. Das Papier sorgte in der Bundesregierung für Besorgnis. Merrill Lynch bezifferte den akuten Wertberichtigungsbedarf auf rund 60 Mrd. Euro, was 75 % des Eigenkapitals entspreche. Besonders betroffen sind: WestLB, Commerzbank, ING-Bank, BayernLB und LBBW.

► 19.10.2009 (khd/d-radio). **Für das Versandhaus Quelle ist das endgültige Aus gekommen.** Es gab keinen Investor, der die Arcandor-Tochter Primondo (Quelle-Dachgesellschaft) komplett kaufen wollte. Das teilte heute Abend der Insolvenzverwalter Görg

(des Mutterkonzerns Arcandor) mit.

Ein unternehmerischer Investor hatte sich nicht für Quelle interessiert. Und sogar Heuschrecken wie Golden Gate, Sun Capital, TPG und Cerberus zogen sich ganz schnell wieder zurück. Die Lage bei Quelle muß total desolat gewesen sein. Mit dieser Pleite werden mindestens 10.000 Arbeitslose erzeugt. 4000 Quelle-Mitarbeitern ist bereits zum 1. November gekündigt worden. Der große Ausverkauf beginnt.

► 20.10.2009 (khd/info-radio). **BAFin-Chef sagt Bankensterben voraus.** Jochen Sanio befürchtet, daß demnächst in Deutschland erneut Banken in Schwierigkeiten geraten könnten, denn das deutsche Bankensystem habe noch Überkapazitäten. Konkrete Namen nannte er nicht.

Der BAFin-Chef fordert deshalb die Abwicklung von nicht überlebensfähigen Banken durch den SoF-Fin als ausgebaute Behörde mit stärkeren Befugnissen.

► 20.10.2009 (khd/zt). Die EU richtet einen **Weisenrat für Systemrisiken** ein. Dieser wird bei der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main angesiedelt. Der Rat solle rechtzeitig Gefahren für das Finanzsystem als Ganzes erkennen, erhoffen sich die EU-Finanzminister.

Der Weisenrat ist Teil eines ehrgeizigen Maßnahmenkatalogs der EU. Das gesamte Gesetzespaket zur Verschärfung der Finanzaufsicht soll im Dezember vereinbart werden. Dazu gehören auch 3 EU-Behörden zur Kontrolle der Banken- und Versicherungsbranche sowie des Wertpapierhandels.

► 21.10.2009 (khd/ftd). **Schweden führt eine Stabilitätsgebühr ein.** Auf die jeweiligen Bankverbindlichkeiten wird eine Abgabe von 0,036 % fällig. Damit soll ein Kapitalstock angespart werden, der in Zeiten einer Finanzkrise zum Retten systemrelevanter Banken zur Verfügung steht. „Das Finanzsystem sollte in der Zukunft die eigentlichen Kosten tragen, die es der Gesellschaft aufbürdet“, sagen die Schweden und empfehlen, eine solche Gebühr weltweit einzuführen.

Da damit – anders als bei einer Transaktionssteuer (Tobin-Steuer, Börsenumsatz-Steuer) – der Transaktionsumsatz nicht bestraft wird, belaste es auch nicht die Liquidität, womit diese Gebühr auch nicht zur Abwanderung in andere Finanzzentren ermutige, heißt es.

► 24.10.2009 (khd/d-radio). **80. Jahrestag des großen Börsen-Crashes** an der Wall Street in New York. Damit begann 1929 die 1. Weltwirtschaftskrise. Der spekulativ völlig überbewertete Aktienmarkt der USA brach schlagartig zusammen, was weltweit viele Volkswirtschaften in schlimme Krisen stürzte. Es kam unter anderem zu Massenarbeitslosigkeit und einem massiven Rückgang des Welthandels. Es dauerte viele Jahre und bedurfte enormer Anstrengungen, bis sich die Weltwirtschaft wieder erholte.

59. Woche nach dem L-Crash

► 26.10.2009 (khd/d-funk). Die neue Regierungskoalition will die **Aufsicht über die Banken** bei der Deutschen Bundesbank konzentrieren. Damit droht der Bonner Bundesanstalt für Finanzaufsicht (BAFin) ein erheblicher Verlust an Kompetenzen. Streit gibt es darüber, wer künftig die Versicherer überwachen soll. Unklar ist auch noch, wie und wer den Grauen Finanzmarkt kontrollieren wird.

► 27.10.2009 (khd/sp). Kommentatoren weisen auf eine sich abzeichnende **Inflations-Gefahr** hin. Zwar verbreite Schwarz-Gelb Optimismus, aber die deutsche Wirtschaft sei noch lange nicht gesund. Denn die Geldmenge wachse zu schnell, die Arbeitslosigkeit steige, weltweit flüchteten sich Regierungen in Protektionismus. Deutschland drohe ein Mini-Wachstum bei steigenden Preisen und dann die Stagflation (Stagnation + Inflation), heißt es bei Spiegel-Online: [Warum Deutschlands Motor noch lange stottert][18].

► 28.10.2009 (khd/d-radio). Nach der Bundestagswahl vom 27.9.2009 wurde Dr. Angela Merkel (55) heute vom Deutschen Bundestag zur **Bundeskanzlerin wiedergewählt**. Sie erhielt aber nur 323 Stimmen (51,9 %). Die „Wunschkoalition“ aus CDU/CSU + FDP stimmte also nicht geschlossen für Merkel, denn sie hat zusammen 332 Abgeordnete im Parlament. Am Nachmittag erfolgte die Vereidigung des neuen Bundeskabinetts [17].

► 28.10.2009 (khd/d-radio). Die schwarz-gelbe **Bundesregierung ist vereidigt**. Nun kann sie ihren – wie im Wahlkampf versprochen – „energischen Kampf“ gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise aufnehmen. Als erstes ist ein „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ geplant, das bereits zum 1. Januar 2010 in Kraft treten soll.

Ob damit die Nachfrage deutlich angeregt werden kann, muß abgewartet werden. Vermutlich wird die FDP versuchen, im Gesetz bereits etwas von ihrer

Klientel-Politik zu realisieren, was dann kaum der Allgemeinheit dienen dürfte.

► 30.10.2009 (khd/d-radio). **Abkehr vom Zins? Ein** Initiativkreis aus christlichen Ökonomen und Theologen schlägt an der Paulskirche in Frankfurt am Main **„9,5 Thesen gegen Wachstumswang und für ein christliches Finanzsystem“** an. Darin fordern sie die Kirchen auf, aus dem Zinssystem auszusteigen. *„Zins und Zinseszins lassen Geldvermögen wachsen und setzen die Wirtschaft unter einen Wachstumswang. Als Christen müssen wir aus dem gegenwärtigen Finanzsystem ausscheren“*, heißt es. [Wozu brauchen wir eigentlich Zinsen?][19]

► 01.11.2009 (khd/ftd). **Großbritannien muß Großbanken zerschlagen**. Großbritannien will auf Druck der EU für mehr Banken-Wettbewerb sorgen. Deshalb sollen insgesamt rund 700 Filialen der Royal Bank of Scotland (RBS), der Lloyds Banking Group und der Northern Rock, an denen derzeit der Staat beteiligt ist, an ausländische Konkurrenten verkauft werden. So sollen „etwa drei neue Bankmarken“ geschaffen werden, sagte Schatzkanzler Alistair Darling.

60. Woche nach dem L-Crash

► 03.11.2009 (khd/d-radio). **Der EU-Reformvertrag von Lissabon nimmt seine letzte Hürde**. Als 27. EU-Land ratifiziert Tschechien den Vertrag. Nachdem am Vormittag das tschechische Verfassungsgericht in Brunn grünes Licht gegeben hatte, unterzeichnete am Nachmittag Präsident Vaclav Klaus (widerwillig) das Reformwerk. Damit kann der Lissabon-Vertrag – mit 11 Monaten Verzögerung – zum 1. Dezember 2009 europaweit in Kraft treten.

► 03.11.2009 (khd/info-radio). **General Motors (GM) will Opel behalten**. Das entschied heute der GM-Verwaltungsrat in Detroit. Damit ist der geplante Verkauf von Opel an Magna & Co. geplatzt. GM will nun Opel mit 3 Mrd. Euro selbst sanieren. 10.000 Opel-Mitarbeiter sollen ihre Arbeitsplätze verlieren. GM/Opel muß jetzt bis Ende November den deutschen Überbrückungskredit in Höhe von 1,5 Mrd. Euro zurückzahlen und kann kaum noch mit der von Deutschland zugesagten Staatshilfe in Höhe von 4,5 Mrd. Euro rechnen.

► 05.11.2009 (khd/bbc). **Die Bank of England kauft weitere Giftpapiere auf**. Die britische Notenbank will in den nächsten 3 Monaten erneut Wertpapiere für bis zu 25 Mrd. Pfund aufkaufen, um der Kreditklemme Herr zu

werden. Erst kürzlich hatten sie ein Aufkauf-Programm über 175 Mrd. Pfund abgeschlossen. Das gesamte Volumen von 200 Mrd. Pfund entspricht mehr als 14 % der britischen BIPs. Es könnte sein, daß diese Geldspritze noch nicht ausreicht, denn Großbritannien wurde von der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders hart getroffen.

► 06.11.2009 (khd/d-funk). **In Deutschland rollt die Insolvenzelle.** Die Wirtschaftskrise treibt die Zahl der zahlungsunfähigen Unternehmen weiter in die Höhe. Im August stieg nach Angabe des Statistischen Bundesamts die Zahl der Pleiten um 12,3 % gegenüber dem Vorjahresmonat an. Die damit verbundenen Forderungen von Gläubigern erhöhte sich auf 4,3 Mrd. Euro. Ein Ende der Pleitenwelle ist nicht in Sicht.

► 06.11.2009 (khd/d-radio). Mit einer **Arbeitslosenquote von 10,2 % in den USA** wird ein neuer Höchststand erreicht, obwohl sich bereits in den USA die Wirtschaft wieder etwas erholt hat. Die US-Regierung plant nun ein weiteres Programm zur Ankurbelung der Konjunktur.

► 09.11.2009 (khd/d-funk). **Das Bundeskabinett beschließt ein Konjunkturpaket III**, das es „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ nennt. Selbst der schwarz-gelben Regierung wohlgesonnene Ökonomen schütteln darüber den Kopf. Denn der Gesetzentwurf enthält neben einer minimalen Erhöhung des Kindergelds auch einen neuen Subventionstatbestand, der vermutlich einen Steuerausfall von etwa 5 Mrd. Euro pro Jahr bewirken wird. Die Lobbyisten-gesteuerte FDP hat durchgesetzt, daß für die Hotel-Branche der Mehrwertsteuersatz ab 2010 von 19 auf 7 % herabgesetzt wird.

Die FDP will also das Schlafen in Hotel-Betten subventionieren! Und die Union läßt das zu. Es bleibt ein absolutes Rätsel, wie in diesen Krisenzeiten so etwas ein deutliches Wirtschaftswachstum hervorrufen kann. Wie soll damit eine große Nachfrage erzeugt werden? Die FDP hatte im Sommer noch lautstark gegen die Abwrackprämie bei den Autos gewettert, aber nun produziert sie ähnlich Dummes. Der *Spiegel* vom 16.11.2009 beschreibt, wie es zu diesem FDP-Coup „gegen alle ökonomische Vernunft“ kam (Heft 47/2009, Seite 82).

► 11.11.2009 (khd/sp). **Chinas Industrie ist wieder kräftig gewachsen.** Die Industrieproduktion zeigte im Oktober den stärksten Anstieg seit März 2008, was einem Anstieg von 16,1 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Im September betrug der Zuwachs

nach 13,9 %. Das wird als Zeichen dafür gewertet, daß Chinas Volkswirtschaft die Krise größtenteils überwunden hat.

► 13.11.2009 (khd/ksta). Der Stahl-Konzern **Thyssen-Krupp verzeichnet hohe Verluste.** Das Geschäftsjahr 2008/09 wurde mit einem Vorsteuerverlust von 2,4 Mrd. Euro abgeschlossen. Der Umsatz war von 53,4 (2007/08) auf 40,6 Mrd. Euro zurückgegangen. Thyssen hat bereits rund 12.000 Mitarbeiter entlassen.

► 13.11.2009 (khd/info-radio). **Die Bundesagentur für Arbeit erwartet für 2010 einen Fehlbetrag von 17,9 Mrd. Euro.** Nur 1,9 Mrd. davon können noch aus alten Rücklagen gedeckt werden. Für die restlichen 16 Mrd. Euro muß der Bund aufkommen.

15. Monat nach dem L-Crash

► 16.11.2009 (khd/d-radio). **Welternährungsgipfel in Rom.** Auf der Erde hungern über 1 Mrd. Menschen – so viel wie noch nie. Täglich sterben etwa 16.000 Kinder an Unterernährung. In Rom wollen jetzt fast 200 Länder nach einer neuen Strategie gegen den massiv angewachsenen Hunger suchen.

Zum Auftakt des Hungergipfels der Vereinten Nationen wies der Papst daraufhin, daß schon wieder mit Lebensmitteln spekuliert werde. „*Hunger ist das grausamste und konkreteste Zeichen der Armut*“, erklärte das Kirchenoberhaupt. Der Finanzwirtschaft ist das egal.

► 17.11.2009 (khd/d-radio). **Die Wirtschaftskrise frißt in Deutschland 1,2 Mio. Jobs.** Seit Anfang 2009 sind bisher 1,2 Mio. Arbeitsplätze durch die Krise vernichtet worden, vor allem im Autobau, bei den Auto-Zulieferern und im Maschinenbau. Für das 1. Quartal 2010 wird eine weitere Entlassungswelle befürchtet.

► 18.11.2009 (khd/dw). **Die Wirtschaftskrise erhöht das Korruptions-Risiko.** Auf diesen Zusammenhang weist jetzt die Organisation Transparency International hin. In vielen Firmen werde nicht danach gefragt, wie ein Auftrag erlangt werde, heißt es.

► 19.11.2009 (khd/dw). Die OECD prognostiziert für Deutschland ein **Wirtschaftswachstum für 2010 von etwa 1,6 %** aufgrund wieder steigender Exporte. Auch das ifo-Institut und die Bundesbank sprechen von einer Erholung der deutschen Wirtschaft.

► 23.11.2009 (khd/sp). **Eine Billionenbombe tickt.** Im aktuellen *Spiegel* (Heft 48/2009, Seite 72–83) wird der Frage nachgegangen, warum nach der Jahrhundertkrise schon die nächste droht. „Mit einer exzessiven Geld- und Schuldenpolitik wollten die Regierungen in aller Welt die Krise bekämpfen – und haben so die Grundlage für die nächste geschaffen: An den Finanzmärkten hat sich schon wieder eine Spekulationsblase gebildet. Die Frage ist nicht, ob, sondern wann sie platzt“, heißt es. Das ist der Tat „Wahnsinn 2.0“.

► 25.11.2009 (khd/d-funk). **Auch 2010 wird das Kurzarbeitergeld verlängert gezahlt.** Das Bundeskabinett verdreifachte heute die gesetzliche Bezugsdauer per Sonderregelung von 6 auf 18 Monate. Die Bundesregierung erhofft sich davon eine geringere Zahl von Entlassungen.

► 26.11.2009 (khd/sp/d-funk). Das einst boomende **Emirat Dubai ist offensichtlich bankrott.** Weltweit sind Finanzhändler in Aufruhr geraten, da sich gestern Dubai für derzeit zahlungsunfähig erklärte. Dubai bat bei einer jetzt fälligen Staatsanleihe in Höhe von 3,5 Mrd. Dollar um Rückzahlungsaufschub bis Mai 2010. Der Wüstenstaat mit seinen rund 1,2 Mio. Einwohnern soll insgesamt mit 80 Mrd. Dollar international verschuldet sein.

Besonders britische Banken sollen sich in Dubai stark engagiert haben. Ob von diesem Quasi-Staatsbankrott eine die Krise verschärfende neue Schockwelle ausgeht, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. [20]

► 27.11.2009 (khd/hbl). Das *Handelsblatt* berichtet davon, daß **in deutschen Betrieben das Betriebsklima fast überall auf dem Gefrierpunkt** angekommen sei. Jeder sei sich selbst der Nächste. Von Solidarität zwischen den Mitarbeitern könne kaum noch gesprochen werden. Tatsächlich herrsche nun der Konkurrenzkampf.

► 29.11.2009 (khd/faz). Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) räsoniert unter dem Titel „**Banker an die Laternen!**“ über den Stand der Strafverfolgung in Sachen Schuld bei den Machern der Finanzkrise. „Doch die Strafjustiz tut sich schwer. Zwar ermitteln allerorten die Staatsanwälte. Aber bislang – zumindest in Deutschland – ist noch kein Banker vor Gericht gestellt worden“, konstatiert die FAZ im 15. Monat nach dem Lehman-Crash.

► 02.12.2009 (khd/zt/d-radio). In Brüssel einigten sich die EU-Finanzminister auf die Einrichtung 3 neuer

Aufsichtsbehörden für Banken, Versicherungen und Wertpapiere. Allerdings soll Großbritannien weitreichende Kompetenzen der neuen Behörden verweigern. Das neue Überwachungs-System soll bereits im kommenden Jahr stehen. Das Europa-Parlament muß dem Kompromiß noch zustimmen.

► 03.12.2009 (khd/ard). Die EZB beginnt mit dem **Ausstieg aus der Liquiditätsschwemme.** So wird die EZB im 1. Quartal 2010 den krisenbedingt eingeführten Sechs-Monats-Tender in seiner bisherigen Form auslaufen lassen. Mit den Tender-Geschäften konnten sich Banken unbegrenzt Geld zum Leitzinssatz von 1,0 % von der Zentralbank leihen, um sich für einen bestimmten Zeitraum zu einem niedrigen und zugleich sicheren Zins bei der EZB zu refinanzieren. Es wird erwartet, daß Anfang 2010 der EZB-Leitzins angehoben werden wird.

► 07.12.2009 (khd/sp). Die Wirtschaftskrise hat bereits **weltweit 20 Mio. Arbeitsplätze gekostet.** Das sagen Experten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Gefährdet sind vor allem die Jobs von Geringqualifizierten, Älteren und Migranten. Deutschland hat die Krise der ILO zufolge besser verdaut als andere Industriestaaten. Das sei vor allem der Kurzarbeit zu verdanken, heißt es.

► 10.12.2009 (khd/dw). Die **EU berät über Hilfen für das hoch verschuldete Griechenland** und fordert ein Sparen und Reformen. In diesem Jahr wird die Neuverschuldung Griechenlands mit rund 13 % des Bruttoinlandsproduktes viermal so hoch sein, wie es nach dem Stabilitätspakt der Euro-Länder eigentlich zulässig wäre.

Die Kreditwürdigkeit des griechischen Staates wird inzwischen von internationalen Rating-Agenturen massiv in Zweifel gezogen. Griechische Staatsanleihen wurden von A- auf BBB+ heruntergestuft. Es werden nun Spekulationen gegen den Euro erwartet. Es droht Gefahr für die europäische Gemeinschaftswährung. [mehr]

► 10.12.2009 (khd/d-radio). Der deutsche **Preisindex (Inflationsrate) ist im November auf +0,4 % gestiegen.** Im Oktober hatte die Rate noch 0,0 % betragen, im Juli waren es sogar –0,5 %. [Grafik auf Seite 9]

► 12.12.2009 (khd/sp/d-funk). Das Repräsentantenhaus hat eine **weitreichende Finanzmarktreform für die USA** verabschiedet. Diese soll Wirtschaftskrisen in Zukunft verhindern.

Das Gesetzespaket wurde mit 223 zu 202 Stimmen angenommen. Die oppositionellen Republikaner stimmten geschlossen dagegen, da ihnen die Reformen viel zu weit gehen. Der Senat muß noch über die Reform abstimmen.

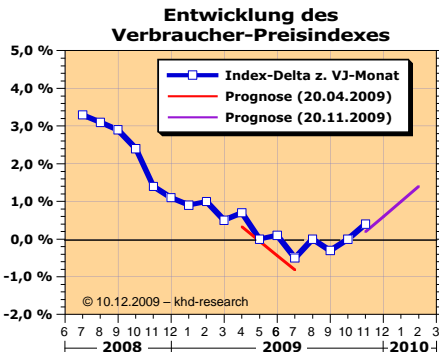
► 14.12.2009 (khd/hbl). **2010 wird Deutschland eine Rekordverschuldung erleben.** Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung sieht für 2010 Ausgaben in Höhe von rund 325 Mrd. Euro vor, wovon rund 212 Mrd. Euro durch Steuereinnahmen gedeckt sind. Das bedeutet: Es ist eine Neuverschuldung von mindestens 113 Mrd. Euro erforderlich – so viel, wie noch nie seit 1945. Die Finanzplanung vom Juli 2008 sah für 2010 nur eine Neuverschuldung von 6 Mrd. Euro vor.

► 15.12.2009 (khd/d-radio). Die von Dubai ausgehende **Gefahr für die Finanzmärkte scheint gebannt.** Das öltreiche Emirat Abu Dhabi hat den Vereinigten Arabischen Emiraten mit einer Geldspritze von 10 Mrd. Dollar unter die Arme gegriffen.

16. Monat nach dem L-Crash

► 17.12.2009 (khd/rv). In München stellt der Sozialethiker und Erzbischof Reinhard Marx ein Expertenpapier „Auf dem Weg aus der Krise“ vor. Damit wollen die katholischen Bischöfe zu mehr Offenheit und Ehrlichkeit in der Debatte über die Bewältigung der Krise anregen. Marx sagte: „Die Krise ist eine Herausforderung, die meiner Ansicht nach in

Inflationsrate 2009



▲ **Verlauf der Inflationsrate seit 2008.** Bezogen ist der Index auf den jeweiligen Vorjahres-Monat (VJ). (Grafik: 10.12.2009 – khd)

ihre Bedeutung und Dimension noch immer unterschätzt wird. Und deswegen ist es meiner Ansicht nach wichtig, daß wir weiterhin dran bleiben und nicht meinen, es sei schon alles wieder vorbei. Im Gegenteil: Wir müssen wirklich, langfristig und im Blick auf die Armen versuchen, Maßnahmen zu ergreifen und zu denken.“ [21]

► 18.12.2009 (khd/info-radio). Die Gesellschaft für deutsche Sprache hat „**Abwrackprämie**“ zum **Wort des Jahres 2009 gewählt.** Als Abwrackprämie wurden staatliche Leistungen für das Verschrotten eines Kraftfahrzeugs beim Auto-Neukauf bezeichnet.

► 19.12.2009 (khd/sp). Der Ruf nach **Beteiligung der Banken an den Kosten der Finanzkrise** wird lauter. Weltweit empören sich Politiker und Bürger über das Verhalten der Banken, die weitermachen, als sei nichts geschehen, nachdem sie von den Staaten vor dem Abgrund gerettet wurden. Es wird die Einführung von Straf-Steuern für Banken diskutiert.

► 20.12.2009 (khd/tsp). Im **Interview** [22] mit dem *Tagesspiegel* sagt Nikolaus Schneider (stellvertretender Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland):

*„Wir müssen den Zusammenhang von **Freiheit und Verantwortung wieder herstellen.** Verantwortung bezieht sich erstens darauf, dass gesetzliche und ethische Regeln eingehalten werden. Zweitens muß verantwortlich mit den anvertrauten Gütern, also mit den Geldern, umgegangen werden. Und Verantwortung bedeutet drittens, dass wirtschaftliches Handeln nicht zur Zerstörung einer Gesellschaft oder zur Zerstörung der Biosphäre führen darf. Erst aus dieser Verantwortung kann Freiheit gestaltet werden.“*

► 27.12.2009 (khd/d-radio/bild). Die Finanzkrise hat das **Vertrauen der Menschen in Politik und Wirtschaft stark geschädigt.** Rund 70 % der Befragten einer Studie für die Bertelsmann-Stiftung zählen weder auf die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft noch auf die sozialen Sicherungssysteme. Rund die Hälfte der Bürger stellt sogar die repräsentative Demokratie in Frage. Selbst die soziale Marktwirtschaft wird längst nicht mehr so positiv gesehen wie früher. Bereits 20 % votieren für einen Systemwechsel.

Der Vertrauensverlust setzt bereits früh ein. Während die Entscheider der 1960er- und 1970er-Jahre noch als „kompetent und glaubwürdig“ gelten, werden die 1990er- Jahre wegen der Globalisierung bereits mit „sozialer Unge-

rechtigkeit“, der „Förderung von Leistungseliten“ und eine „vom Bürger entkoppelte Interessensvertretung“ in Verbindung gebracht.

Mit der Gegenwart verbinden die Bürger „den profitigeren Raubbau an Mensch und Umwelt und die Förderung von ungezügelmtem Egoismus“. Politikern werden „Machtgier“ und „leere Versprechungen“ vorgeworfen und Managern „Lobbyismus, Gier und Abkoppelung von der Wirklichkeit“.

Von Dezember 2009 bis Februar 2010 mußte leider eine Pause bei der Recherche der Krisen-Stationen eingelegt werden. Es soll aber versucht werden, noch einige wichtige Fakten nachzutragen. Deshalb wird hier noch etwas Platz gelassen, auch wenn das meiste inzwischen ergänzt worden ist.

► 11.01.2010 (khd/d-radio/sp). Die verstaatlichte **HRE will eine riesige Bad-Bank errichten**. In diese sollen Schrottpapiere mit einem Volumen von etwa 200 Mrd. Euro ausgelagert werden.

► 13.01.2010 (khd/dw). **US-Großbanken verneinen Schuld an Finanzkrise**. Das ergibt sich aus den Aussagen führender Bank-Manager von der Bank of America, Goldman Sachs, JP Morgan und Morgan Stanley vor dem US-Finanzkrisen-Ausschuß in Washington. Der Abschwung sei wie „eine sich selbst erfüllende Prophezeiung“ gewesen, sagte einer der Spitzen-Banker.

17. Monat nach dem L-Crash

► 22.01.2010 (khd/dw/d-funk). **Seit Dezember 2009 zeigt der Euro eine deutliche Schwäche**. Noch im November 2009 lag der Kurs bei gut 1,50 Dollar/Euro, inzwischen hat er sich auf Talfahrt begeben und liegt bereits rund 10 % tiefer bei um die 1,40 Dollar/Euro. Hauptursache ist die von Griechenland im Herbst 2009 offengelegte hohe Staatsverschuldung. Auch andere Länder der Euro-Zone (Portugal, Irland, Spanien und Italien) weisen einen bedrohlichen Schuldenstand auf.

Im Kern ist das Schwächeln des Euro die Folge eines Vertrauensschwunds internationaler Anleger. Außerdem stürzten sich sofort auch die Spekulanten – allen voran wieder einmal Hedge-Fonds – auf die europäische Währung. Weil sie der EU nicht zutrauen, das Problem zu lösen, schließen sie im großen Stil Kreditausfallwetten (CDS) auf griechische Staatsanleihen ab. Es waren letztlich solche CDS (Credit Default Swaps), die 2007/08 ihre Zerstörungskraft entfalteten und zur Finanzkrise mit dem Lehman-Crash geführt haben. Droht nun bereits eine Neuauflage?

► 31.01.2010 (khd/d-radio). Das diesjährige Weltwirtschaftsforum in Davos stand unter dem Motto „**Überdenken, umgestalten, erneuern**“. Es ging vor allem darum, wie die Welt nach der großen Finanzkrise aussehen soll. Der Veranstalter des Forums fürchtet, daß der Welt nun eine Sozialkrise droht: „Sie wird geprägt sein durch erhöhte Arbeitslosigkeit wie sinkende Kaufkraft.“

► 02.02.2010 (khd/sz/d-funk). Deutsche **Städte und Gemeinden haben mit einer dramatischen Verschlechterung ihrer Finanzlage zu kämpfen**. Das Defizit der kommunalen Haushalte betrug 2009 mehr als 4 Mrd. Euro. Für 2010, 2011 und 2012 erwartet der Deutsche Städtetag zweistellige Milliarden-Defizite. Hauptursache ist der dramatische Rückgang der Steuereinnahmen (Gewerbesteuer) sowie die höhere Last bei der Sozialhilfe und den Hartz IV-Empfängern (Arbeitslose). Viele Kommunen haben damit begonnen, Gebühren zu

erhöhen und bei den Kulturangeboten drastisch zu sparen.

► 04.02.2010 (khd/welt). Etwa **40.000 deutschen Firmen droht 2010 die Pleite**. In Westeuropa werde die Zahl der Firmenpleiten trotz Konjunkturerholung auf etwa 210.000 steigen, prognostiziert die Wirtschaftsauskunftei Creditreform. Bereits im vergangenen Jahr legte die Zahl der Firmenpleiten in Westeuropa um 22 % auf 185.000 zu. In Deutschland stieg 2009 die Zahl der Pleiten um 16 % auf 34.300.

► 09.02.2010 (khd/d-radio). Das Bundesverfassungsgericht stellt fest, daß die Berechnung der **Regelsätze des Arbeitslosengelds II** – bekannter als „**Hartz IV**“ – nicht verfassungsgemäß erfolgt ist. Die bislang gezahlten Leistungen verletzen das Grundrecht auf Gewährung eines „menschenwürdigen Existenzminimums“, heißt es im Urteil. Der spezifische Bedarf von Kindern sei überhaupt nicht ermittelt worden – auch gegen es keine Härtefall-Regelung. [24]

► 10.02.2010 (khd/taz). **Ökobanken wachsen trotz Finanzkrise**: Die Bochumer GLS und die Nürnberger Umweltbank berichten, daß ihre Bilanzsummen im vergangenen Jahr um rund 30 % gestiegen sind. Beide Institute gewannen 2009 eine große Anzahl an Neukunden. Die GLS konnte die Zahl ihrer Kunden um 11.000 auf 73.000 steigern. Für die Umweltbank entschieden sich 10.000 neue Anleger. Ihre Zahl stieg damit auf 80.000.

► 12.02.2010 (khd/hbl). **Börsianer zittern vor Finanzkrise 2.0**: Die finanzielle Schiefelage Griechenlands hat inzwischen auch die Aktienkurse nach unten getrieben, zumal für Griechenland noch keine Rettung in Sicht ist. Der DAX sank heute auf einen Stand von 5500.

► 13.02.2010 (khd/sp). Allein an der Chicago Mercantile Exchange wurden in dieser Woche für 10 Mrd. Dollar **Wetten auf einen fallenden Euro** abgeschlossen. „Mehr als je zuvor“, schreibt der *Spiegel* am 22.2.2010.

► 14.02.2010 (khd/d-radio). Die US-Banken **Goldman Sachs und JP Morgan haben beim Betrug der EU geholfen**. Mit ominösen Derivaten konnte so die enorme Staatsverschuldung Griechenlands (derzeit 12,7 % des BIP!) seit etwa 2000 verschleiert werden. Das bestätigt heute die *New York Times*, nachdem der *Spiegel* schon am 8.2.2010 darüber berichtet hatte. Auch Italien und andere europäische Staaten sollen mit Derivaten von US-Banken ihre Haushalte frisiert haben.

Damit trägt die Wall Street eine erhebliche Mitverantwortung an der Schwächung des Euros und der aktuellen Instabilität des Euro-Währungsraums. Goldman Sachs soll von Griechenland für seine „Dienste“ 300 Mio. Dollar erhalten haben. [23]

18. Monat nach dem L-Crash

► 16.02.2010 (khd/d-funk). Die EU-Kommission will zukünftig das **Schönen (Manipulieren) von Staatsschulden-Statistiken verhindern**. Dazu soll das europäische Statistikamt EuroStat ein Kontrollrecht gegenüber den nationalen Behörden erhalten.

Wäre das von vornherein eingeführt worden, hätte die durch Griechenland aktuell entstandene Euro-Krise verhindert werden können. Aber eine Mehrheit der EU-Staaten – darunter Deutschland – verhinderte vor Jahren solche wichtigen Kontroll-Befugnisse. Ein nun teuer zu bezahlender Fehler.

► 17.02.2010 (khd/div). Der gar nicht fürs Soziale zuständige Außenminister Westerwelle hat in den letzten Wochen eine **Verbal-Kampagne gegen Langzeitarbeitslose** gestartet. Er will den Druck auf die Arbeitslosen erhöhen, um diese in Arbeit zu zwingen. Allerdings verlor der FDP-Chef kein Wort darüber, wann und wie die erforderlichen 3,5 Mio. Arbeitsplätze hierzulande entstehen sollen – doch wohl nicht durch das Märchen von den alleslösenden Steuersenkungen.

Oder will die FDP nun 10-Cent-Jobs einführen? Politikbeobachter sagen, ein Westerwelle wolle mit seinen Stammtisch-Sprüchen („anstrengungslosen Wohlstand“, „spätromische Dekadenz“) nur von den wirklichen Problemen ablenken. So verlöre er beispielsweise kein einziges Wort über die kriminell agierenden (Währungs-)Spekulanten, die – ohne zu arbeiten – „anstrengungslos reichlich Geld durch dekadente Geschäfte“ an den Finanzmärkten machen dürfen und damit ganze Volkswirtschaften der Euro-Zone in den Ruin treiben könn(t)en. [26]

► 18.02.2010 (khd/d-funk). Die **US-Notenbank erhöht den Zinssatz** für Übermachtkredite von 0,5 auf 0,75 % und verteuert damit Notkredite für Banken. Die FED beginnt damit die Rückführung der Zinsen in Richtung eines normalen Niveaus.

► 18.02.2010 (khd/opinio). Im **Opinio-Blog** weist ein Leser daraufhin, daß es demnächst in den USA wg. des Leerstands bei **Gewerbe-Immobilien zu einer Rekord-Ausfallquote bei den Darlehen** kommen könnte. Diese Immo-

bilien-Blase sei mit 6,7 Billionen Dollar höher als die der Subprime-Krise von 2007/08 (nur 1,3 Billionen Dollar). Damit bereite sich die nächste Finanzkrise vor.

► 22.02.2010 (khd/sp). Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* berichtet im Artikel „**Spiel mit höchstem Risiko**“ (Heft 8/2010, Seite 64–68) über die Hintergründe des Verfalls des Euros. Im Großstil zocken seit einigen Wochen Spekulanten mit den Schulden ganzer Länder – vor allem von Griechenland. Hilfen der EU in Höhe von etwa 25 Mrd. Euro für Griechenland sind unausweichlich. Der Euro-Kurs betrug am Freitag (19.2.2010) 1,35 Dollar/Euro. [Die EURO-Sorgenländer]

► 22.02.2010 (khd/sp). Die **Commerzbank kämpft weiterhin mit den Folgen der Finanzkrise**. Die Bank, an der der Bund mit rund 25 % beteiligt ist, erzielte 2009 einen Verlust von mehr als 2,2 Mrd. Euro. Demgegenüber hat der Wettbewerber Deutsche Bank 2009 schon wieder 5 Mrd. Euro verdient.

► xxx

Weiter geht es derzeit im Internet unter:
http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_03.htm#FK_891

Erschienenene Teile des Krisen-Tagebuchs

- 0. Teil:** »**Der Markt hat's nicht gerichtet.**«
Die Situation nach dem Crash der US-Investmentbank Lehman Brothers vom 15. September 2008. Vom Versagen angelsächsischer Wirtschaftsspolitik.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_068.pdf (9 Seiten, 180 kByte)
- 1. Teil:** »**Und die Finanzkrise geht weiter.**«
Die ersten 56 Tage nach dem Lehman-Crash vom 15. September 2008.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_069.pdf (26 Seiten, 232 kByte)
- 2. Teil:** »**Finanzkrise wird zur Weltwirtschaftskrise.**«
Ab der 9. Woche (11.11.2008) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_070.pdf (34 Seiten, 280 kByte)
- 3. Teil:** »**Die größte Weltwirtschaftskrise aller Zeiten.**«
Ab der 15. Woche (25.12.2008) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_071.pdf (38 Seiten, 316 kByte)
- 4. Teil:** »**Es ist eine fundamentale Finanzsystemkrise.**«
Ab der 27. Woche (16.3.2009) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_075.pdf (50 Seiten, 520 kByte)
- 5. Teil:** »**Und nun die Sozialkrise.**«
Ab der 54. Woche (21.9.2009) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_083.pdf (14 Seiten, 148 kByte)

Mehr zu diesem Thema (Links)

- [00] Die Vergabe der Nummer erfolgt demnächst.
- [01] [12.08.2004: [Nur die Reichen werden reicher](#)] (DIE ZEIT)
URL: http://www.khd-research.net/Archiv/Arbeitslos_02.html#ZEIT_04_2
- [02] [27.12.2005: [Hartz-Reformen werden zum Debakel](#)] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Archiv/Arbeitslos_02.html#Hartz_Deb
- [03] [16.10.2006: [Hartz IV ist für viele eine Lebenslüge](#)] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Archiv/Arbeitslos_03.html#TASP_2
- [04] [2007–2008: [Finanzkrise 2007/2008](#)] (WIKIPEDIA — Die freie Enzyklopädie)
URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Finanzkrise_2007/2008
- [05] [15.09.2008: [Ein Finanzkrisen-Blog](#)] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_069.pdf
- [06] [20.09.2008: [Der Markt hat's nicht gerichtet](#)] (khd-Page)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_068.pdf
- [07] [09.11.2008: [Finanzkrise wird zur Weltwirtschaftskrise](#)] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_070.pdf
- [08] [25.12.2008: [Die größte Weltwirtschaftskrise aller Zeiten](#)] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_071.pdf
- [09] [16.02.2009: [Gefahr für den Euro](#)] (khd-page)
URL: <http://www.khd-research.net/Welcome/News18.html#13>
- [10] [16.03.2009: [Es ist eine fundamentale Finanzsystemkrise](#)] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_075.pdf
- [11] [03.05.2009: [Ihr Einsatz, bitte! — Die Banken zocken wieder](#)] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_37.html#TASP_3
- [12] [20.06.2009: [Hirnforscher führt Finanzkrise auf angeborene Gier nach Geld zurück](#)] (HEISE-TICKER)
URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/140828>
- [13] [12.07.2009: [Essay von Ralf Dahrendorf: Die verlorene Ehre des Kaufmanns](#)] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/art271,2845452_oder_gespiegelt
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_39.html#TASP_2
- [14] [14.09.2009: [Die Lehman-Lügen](#)] (FRANKFURTER RUNDSCHAU)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_40.html#FR_1
- [15] [16.09.2009: [OECD warnt vor erhöhtem Armutsrisiko](#)] (NEUE ZÜRCHER ZEITUNG)
URL: http://www.nzz.ch/finanzen/nachrichten/oeed_rechnet_nicht_mit_schneller_erholung_am_arbeitsmarkt_1.3577965.html
- [16] [25.09.2009: [G20-Gipfel in Pittsburgh: Schöne neue Weltordnung](#)] (SPIEGEL-ONLINE)
URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,656760,00.html>
- [17] [27.09.2009: [Die Bundestagswahl 2009](#)] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/Ex/BT-Wahl_2009.html
- [18] [27.10.2009: [Warum Deutschlands Motor noch lange stottert](#)] (SPIEGEL-ONLINE)
URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,656760,00.html>
- [19] [30.10.2009: [Wozu brauchen wir eigentlich Zinsen?](#)] (evangelisch.de)
URL: <http://www.evangelisch.de/themen/wirtschaft/wozu-brauchen-wir-eigentlich-zinsen5622>
- [20] [03.12.2009: [Dubai-Krise belastet britische Banken](#)] (SPIEGEL-ONLINE)
URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,664907,00.html>
- [21] [18.12.2009: [Mehr aus der Finanzkrise lernen](#)] (RADIO VATIKAN)
URL: <http://www.oecumene.radiovaticana.org/ted/Articolo.asp?c=343186>
- [22] [20.12.2009: [Die Gier ist brandgefährlich](#)] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/Finanzkrise;art271,2979803>
- [23] [03.02.2010: [Deine Pleite – meine Pleite](#)] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_03.html#TASP_1

- [24] [11.02.2010: Wieder eine Ohrfeige – Verfassungsgericht rügt Hartz-IV] (khd-Page)
URL: <http://www.khd-research.net/Welcome/News21.html#2>
- [25] [16.02.2010: Ein vergessener Deal erregt die Gemüter] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Wirt/WSK/Wirtschaft_skandaloes_03.html#TASP_2
- [26] [20.02.2010: Mit dieser FDP ist kein Staat zu machen] (khd-Page)
URL: <http://www.khd-research.net/Welcome/News21.html#2kk>
- [00] [24.02.2010: Gefahr für den Euro] (khd-Page)
URL:
- [00] [27.02.2010: Eine konzertierte Aktion gegen den Euro?] (khd-Page)
URL:
- [00] [00.00.0000: xxx] (xxx)
URL:
- [00] [00.00.0000: xxx] (xxx)
URL:
- [00] [00.00.0000: xxx] (xxx)
URL:

Quellen-Angaben: Bei jedem Eintrag sind hinter dem Datum in (...) abgekürzt die Quellen angegeben. Im Internet gibt es dazu ein Verzeichnis der Bedeutung dieser Abkürzungen. Außerdem sind dort auch Links zu den Agenturen bzw. Medien angebracht, so daß mit deren Suchmaschinen eine bestimmte Meldung (hoffentlich) gefunden werden kann. Dieses Verzeichnis ist zu finden unter folgendem Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Abk/News_Quellen.html

Das Hauptportal des „khd-research.net“ ist im Internet erreichbar unter der Adresse: <http://www.khd-research.net/>.

Erscheinungsorte sind San José (USA) oder Toronto (Canada). Herausgeber der Publikationen ist: Dipl.-Ing. K.-H. Dittberner, Berlin. Es gilt der Disclaimer.

Der hier im PDF-Format präsentierte Haupt-Artikel (Kommentar) wurde erstmals in Nr. 651 der Ausgabe der »khd-Page« vom 20. September 2009 veröffentlicht. Alle im Text unterstrichenen Begriffe sind im Original (im Internet) mit Links (Verweisen) versehen, die zu weiterführenden Informationen im Weltwissensnetz führen.

Die Artikel-Archivierung ist unter folgendem Pfad (URL) erfolgt: <http://www.khd-research.net/Welcome/News20.html#2> (dann immer den „weiter“ folgen).

* Dieses Krisen-Tagebuch wurde seit dem 16. September 2009 über mehrere Seiten der Dokumentationen „Politik skandalös“ verteilt im Internet publiziert. Start-URL siehe nebenan. Natürlich konnten nur die als besonders wichtig angesehenen Ereignisse notiert werden.